

Antwort der EU auf die aktuelle Beschäftigungskrise

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 1. Die Genese der europäischen Beschäftigungskrise und Antworten darauf | 176 |
| 1.1 Die Wiege der Beschäftigungskrise – Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 | 177 |
| 1.2 Die ersten Interpretationen und Antworten | 177 |
| 1.3 Von den Ansätzen einer gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktpolitik, Strukturreformen und der Notwendigkeit nachfrageseitiger Impulse | 178 |
| 1.4 Die Krise der Jugendbeschäftigung und Antwort | 181 |
| 1.5 Langzeitarbeitslosigkeit wird zum europäischen Phänomen | 183 |
| <hr/> | |
| 2. Policy Mix zur Lösung der Beschäftigungskrise | 183 |
| 2.1 Elemente einer europäischen Arbeitsmarktpolitik | 184 |
| 2.2 Konvergenz, die Wirtschaftsordnung in der Eurozone und die Rolle der Beschäftigungspolitik | 186 |
| 2.3 Die Rolle der europäischen Investitionen bei der Schaffung von Jobs | 188 |
| 2.4 Zukünftige Herausforderung für den europäischen Arbeitsmarkt, Einflüsse der Globalisierung, technologischer Fortschritt und Entwicklung der ArbeitnehmerInnen | 189 |
| <hr/> | |
| 3. Schlussfolgerungen | 191 |

*Katharina Muhr**

*Ökonomin und
Politikwissenschaft-
lerin in Brüssel*

Auszug aus WISO 2/2015



„Wir leben in der Europäischen Union mit einem 29sten Staat, es ist jener der Arbeitslosen.“¹ Dies ist eine der ersten Aussagen des angehenden Kommissionspräsidenten Juncker zur Lage am europäischen Arbeitsmarkt im Jahr 2014. Vermutlich hatte sich am Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise niemand gedacht, dass uns diese prekäre Lage am Arbeitsmarkt solange begleiten würde.

Die anhaltende Beschäftigungskrise in der Europäischen Union lässt mehrere Fragen offen: vor allem jene, warum es scheinbar so schwierig ist, eine Antwort auf diese Situation zu finden. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, auch nur zu versuchen, darauf eine umfassende Antwort zu geben. Der Artikel versucht eine Annäherung auf zwei Wegen: Zunächst wird in einem ersten Teil ein Überblick über die Genese der aktuellen Beschäftigungskrise in der Europäischen Union und die ersten Antworten darauf gegeben. In einem zweiten Schritt wird in einer Mehrebenenanalyse versucht, einen besseren Überblick zu geben, welche Möglichkeiten und auch Barrieren für eine längerfristige Lösung des Beschäftigungsproblems auf europäischer Ebene bestehen.

1. Die Genese der europäischen Beschäftigungskrise und Antworten darauf

Über 23 Millionen Menschen innerhalb der europäischen Union waren im Jahr 2014 auf Jobsuche. Unter ihnen findet man 12 Millionen Menschen, die seit über einem Jahr arbeitslos sind, und 5 Millionen Menschen unter 25 Jahren.² Insgesamt sind das fast 10 Millionen Arbeitssuchende mehr als vor dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008. Was noch vor einem Jahrzehnt undenkbar war, ist mittlerweile traurige Alltagsrealität in Europa, bei der noch dazu ein Gewöhnungseffekt eintritt: 100.000 Arbeitslose mehr, diese Nachricht löst kein Entsetzen mehr aus. Wobei wir im Gegenzug dazu immer noch auf die Nachricht warten: Wir können berichten, dass in diesem Jahr Millionen Arbeitsplätze in der EU geschaffen wurden. Trabajo, lavoro, Arbeit, travail – viele Menschen in Europa sehnen sich nach Arbeit, fordern sie teilweise lautstark von ihren Regierungen ein. Einige Konjunkturpakete und Arbeitsmarktreformenten später fragt sich Europa: Wo bekommen wir nur Arbeitsplätze für diese Menschen her?

Doch lassen Sie uns einmal zurückblicken: Womit begann dieser Mangel an Arbeitsplätzen überhaupt, der sich dann zu einer veritablen Krise auswuchs? Vielleicht ist es ganz hilfreich einmal einen Schritt zurückzugehen, um auch ein Stück weit zu verstehen, warum wir mit den Lösungen der Beschäftigungskrise noch nicht so weit vorangeschritten sind, wie sich viele vielleicht in einem ersten Moment erhofft haben.

*Arbeitslosigkeit
wird zur trauriger
Alltagsrealität in
Europa*

1.1 Die Wiege der Beschäftigungskrise – Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008

Es sah doch alles sehr gut aus. Die Beschäftigungsquoten waren im Steigen begriffen, die Arbeitslosenquoten sanken. Gerade auch die Einführung des Euro schien die Arbeitsmärkte in traditionell schwierigen Ländern wie Spanien und Griechenland beflügelt zu haben. Die Europäische Union kam ihrem Ziel, einem Pfad der Konvergenz, in Riesenschritten näher. Die politische Ebene begann bereits an einer Nachfolgestrategie für die Lissabonstrategie zu arbeiten. Mit Europa 2020 und einem Ansatz des inklusiven, nachhaltigen und intelligenten Wachstums sollte die europäische Wirtschaft vorangetrieben, sollten die ArbeitnehmerInnen für die Zukunft fit gemacht werden. Eine Beschäftigungsquote von 75% wurde angestrebt. Die Strategie war noch nicht beschlossen, als im September 2008 der Zusammenbruch von Lehmann Brothers schleichend die größte Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa seit den 30er-Jahren des 20. Jahrhundert auslöste. Noch konnte niemand ahnen, dass dies wie in einem Dominoeffekt wenig später eine massive, wenn nicht die größte Beschäftigungskrise im Europa der Nachkriegszeit auslösen würde. Die Entscheidungsträger der Europäischen Union können sich später sicher nicht den Vorwurf machen, untätig geblieben zu sein. In der Analyse der einzelnen Etappen der Antworten der Europäischen Union auf die Beschäftigungskrise wird sich allerdings gleich zeigen, dass die gesetzten Maßnahmen entweder nicht die gewünschten Effekte zeigten, oder schlicht und einfach nicht umgesetzt werden konnten, da der Europäischen Union nicht das entsprechende Mandat übertragen wurde.

*Wirtschafts- und
Finanzkrise
bringt Europa
vom Pfad der
Konvergenz ab*

1.2 Die ersten Interpretationen und Antworten

Im Herbst 2008 nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers kamen die politischen Entscheidungsträger mehrmals in Brüssel zusammen. Sie stellten in ihrer Analyse vermutlich richtigerweise fest, dass sich diese Krise in nicht allzu ferner

Konjunkturpakete und flexible Arbeitsmarktpolitik sichern kurzfristig Arbeitsplätze

Zukunft auf die Realwirtschaft übertragen würde, womit in der Konsequenz auch Arbeitsplatzverluste einhergehen würden. Um dieser Entwicklung vorzubeugen, wurden einige Konjunkturpakete beschlossen. Nahezu alle Mitgliedstaaten der EU verfolgten eine expansive Haushalts- und Kreditvergabepolitik. Zugleich ergriffen viele Regierungen zusätzliche temporäre Hilfsmaßnahmen für einzelne Sektoren, die besonders stark von der Krise betroffen waren (generell die Autoindustrie und Luftfahrt). In der Arbeitsmarktpolitik wurden interne Flexibilisierungs- und Arbeitsplatzsicherungskomponenten eingeführt (Kurzarbeit, zeitlich befristete Entlastungen, Jobsharing). Diese nationalen Initiativen wurden auf EU-Ebene allesamt durch den „European Economic Recovery Plan“ (Europäisches Konjunkturprogramm) vom Dezember 2008 und durch die Entscheidung des Europäischen Rates über die Prioritätensetzung bei den Instrumenten zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise legitimiert.

langfristiger Beschäftigungsabbau

Doch führten diese Finanzspritzen für die Realwirtschaft zum gewünschten Effekt? Es lässt sich nicht genau nachvollziehen. Aber auch wenn dieses Paket insbesondere in der Autoindustrie den Abbau einiger Arbeitsplätze verhindern konnte, so konnte es nicht als Firewall dienen, um das Überschwappen der Krise von den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft und damit den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern. Die Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik waren kurzfristig sehr effektiv, konnten aber einem längerfristigen Beschäftigungsabbau nicht entgegenwirken.

verschiedene Ansätze zur Lösung der Beschäftigungskrise

In einer mittelfristigen Perspektive wurde versucht, jene Elemente der Arbeitsmarktpolitik, die in einer europäischen Verantwortung liegen, zu nützen, um die Beschäftigungskrise einzudämmen. Zudem wurden zwei verschiedene Ansätze propagiert, um das Zusammenspiel zwischen dem Wirtschaftssystem und dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Die einen sahen die Lösung der Beschäftigungskrise in Strukturreformen sowie dem Aufbau eines europäischen Arbeitsmarktes, die anderen sahen den Ausweg in einer Stärkung der nachfrageseitigen Politik sowie der Investitionen.

1.3 Von den Ansätzen einer gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktpolitik, Strukturreformen und der Notwendigkeit nachfrageseitiger Impulse

Die Verantwortung für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik liegt zum

überwiegenden Teil in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Aufgrund der fehlenden Vergemeinschaftung dieses Politikbereichs hat die europäische Ebene im Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nur empfehlenden Charakter. Der Handlungsspielraum, mit entsprechenden politischen Beschlüssen zu reagieren, war daher in der Beschäftigungskrise sehr begrenzt. Dennoch versuchte die europäische Ebene, dort wo es ging, Impulse für eine Lösung der Misere am Arbeitsmarkt zu setzen.

europäische Ebene nützt eingeschränkten Handlungsspielraum

1.3.1 Förderung der Arbeitsmobilität

Ein zentraler Bereich, in dem aufgrund der Personenfreizügigkeit eine Möglichkeit gegeben war, gemeinschaftliche Regelungen zu treffen, war im Bereich der Mobilität der ArbeitnehmerInnen.³ Hier wurde auch durch verschiedene Initiativen versucht, einen europäischen Arbeitsmarkt zu schaffen sowie ein besseres Informationssystem über offene Stellen aufzubauen und die Übertragbarkeit der Ansprüche aus den Sozialversicherungssystemen sicherzustellen. Immer wieder wurde es als Lösung angeboten, für die offenen Stellen in Europa müssten nur die passenden Menschen aus anderen Regionen gefunden werden. Doch der/die DurchschnittseuropäerIn erweist sich nicht als Jobhopper mit mobilem Home. Das mag man jetzt für gut oder schlecht befinden. Faktum ist: Die erhoffte Mobilität ist nicht eingetreten, laut aktuellen Zahlen arbeiten nur 7 Millionen Europäer außerhalb ihres Heimatstaates (3,3% der Beschäftigten)⁴, im Vergleich zu den USA ist das wirklich eine sehr eingeschränkte Gruppe. Hierzu muss man aber auch zu bedenken geben, dass in Europa nach dem Scheitern von Esperantoversuchen noch immer 23 unterschiedliche Sprachen gesprochen werden. Dies erweist sich als ein teilweise unterschätztes Hindernis, tatsächlich auch eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat aufzunehmen. Die Europäische Kommission arbeitet auch gemeinsam mit den Mitgliedstaaten daran, neue Wege zu finden, die Mobilität voranzutreiben. Nichtsdestotrotz half die Arbeitsmobilität einigen Mitgliedstaaten während der Krise, die Lage am Arbeitsmarkt etwas zu entspannen.

Initiativen zur Förderung der Mobilität

1.3.2 Reformen in den Arbeitsmarkt- und Sozialsystemen auf Basis von Empfehlungen

Eine wesentliche Erkenntnis der ersten Krisenjahre im Bereich der Beschäftigung war auch, dass Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme

*Europäische
Kommission und
Mitgliedstaaten
empfehlen
Änderungen
in der Arbeits-
marktpolitik*

in vielen Staaten zu rigide waren, um ein Wachstum der Beschäftigung zu fördern. Aus diesem Grund nutzte die europäische Ebene die Möglichkeit von Empfehlungen, die im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie und seit 2011 im Rahmen des Europäischen Semesters auf Vorschlag der Kommission und durch Beschluss des Rates an die Mitgliedstaaten übermittelt werden können, um Reformbestrebungen anzustoßen. Insbesondere jene Mitgliedstaaten, deren Arbeitsmarktpolitiken weniger zu einem Wachstum der Beschäftigung beitrugen, wurden von der Kommission und den Mitgliedstaaten beraten, Änderungen in ihrer Arbeitsmarktpolitik und Gesetzgebung vorzunehmen. Dieser Prozess führte dazu, dass in einigen Staaten regelrechte revolutionäre Arbeitsmarktreformen begonnen wurden. Eine Jubelmeldung über die Modernisierung des Arbeitsrechts und der Arbeitsmarktinstitutionen jagte die andere. Allerdings folgten spärlichere Meldungen, dass diese Reformen auch den Durchbruch zur Lösung der Beschäftigungskrise gebracht hätten. Die Arbeitslosigkeit bleibt vielfach weiterhin konstant hoch.

*das europäische
Jobwunder
bleibt aus*

Eine ernüchternde Bilanz dieser Empfehlungen und der Aufforderungen zu Reformen in den Mitgliedstaaten zeigt: Das Jobwunder ist bisher ausgeblieben. Zudem gesellt sich dazu auch die Einsicht, dass durch Arbeitsmarktreformen in der aktuellen Situation nicht das gewünschte Ausmaß an Jobs geschaffen werden kann. Nach einem gewissen Voranschreiten der Beschäftigungskrise wird auch der Ruf nach einer verstärkten Einbindung der Nachfrageseite der Wirtschaft und einer Steigerung der Investitionen als notwendige Voraussetzungen für die Steigerung der Beschäftigung lauter.

1.3.3 Die Nachfrageseite der Wirtschaft und der Ruf nach verstärkten Investitionen kommt als neue Dimension dazu

*Bedeutung von
wirtschaftlicher
Nachfrage und
Investitionen zur
Schaffung von
Beschäftigung*

Nach einigen Jahren der Krise machte sich nach durchgeführten Arbeitsmarktreformen und auferlegten Sparprogrammen eine gewisse Ratlosigkeit breit, warum es denn sein kann, dass die Beschäftigung so gar nicht in Schwung kommen will. Mario Draghi, der Präsident der europäischen Zentralbank, lies im August letzten Jahres mit dem Zitat aufhorchen, dass in Europa vermutlich noch auf längere Zeit keine Jobs geschaffen würden, wenn nicht die Nachfrage gesteigert würde. Dies brachte eine neue Dimension in

die politische Debatte, ging man doch bisher davon aus, dass Arbeitsmarktreformen gepaart mit rigiden Sparprogrammen mit dem Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten sowie Erleichterung im Bereich der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation beitragen würden. Damit wurden die Verteilungsdebatte sowie die Lohnpolitik zu einem Thema der Beschäftigungskrise. Dieser Debatte wird aber durch das weiterhin vorherrschende Primat der Sparpolitik oftmals der Wind aus den Segeln genommen. Es muss vermutlich noch einige Zeit ins Land gehen, bis diese Debatte und mögliche Handlungsansätze in der Mitte der europäischen Politik ankommen. Zu diesem verstärkten Fokus auf die Nachfrageseite kommen nun auch noch in zunehmendem Maße fehlende Investitionen als Hindernis für eine dynamische Entwicklung der europäischen Wirtschaft und in der Folge für die Schaffung von Arbeitsplätzen hinzu. In diesem Zusammenhang gibt es bereits erste Initiativen der neuen Kommission. Diese werden im zweiten Abschnitt dieses Artikels erörtert.

Zusätzlich zu den allgemeinen Initiativen zur Lösung der Beschäftigungskrise bekommen zwei Gruppen aufgrund der dramatischen Entwicklung ihrer Situation am Arbeitsmarkt über die Zeit verstärkte politische Aufmerksamkeit auf europäischer Ebene. Es sind dies zunächst die Jugendlichen und in den letzten beiden Jahren nun auch verstärkt die Langzeitarbeitslosen, für die besondere Initiativen gestartet werden.

Jugendliche und Langzeitarbeitslose sind besonders von der Beschäftigungskrise betroffen

1.4 Die Krise der Jugendbeschäftigung und Antwort

Inmitten dieser generellen Beschäftigungskrise der Europäischen Union wird nach einiger Zeit ein Problem besonders virulent: die dramatisch ansteigende Jugendarbeitslosigkeit. Zu Beginn auf wenige Länder konzentriert, scheint sie nach und nach die Mehrheit der Mitgliedstaaten zu erfassen. Diese Entwicklung ist besonders dramatisch. Im Jahr 2014 waren etwas mehr als 5 Millionen junge Menschen unter 25 in der Europäischen Union arbeitslos. Zudem war die Arbeitslosenquote der Unter-25-Jährigen mit 23,5% mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote von 10,8% in der EU im Jahr 2013. Insgesamt sind 7,5 Millionen junge Menschen in der EU im Alter zwischen 15 und 24 sogenannte NEETS, das heißt sie sind weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung.

5 Millionen junge Menschen sind in der Europäischen Union arbeitslos

*reale Bedrohung
durch eine verlo-
rene Generation*

Seit die Jugendarbeitslosigkeit über einige Zeit fast ungebremst in die Höhe zu schnellen scheint, ist den politischen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene guter Rat teuer. Dieses Problem muss auf jeden Fall eingedämmt werden, denn eine Masse junger Arbeitsloser birgt ein sozialpolitisches Protestpotential in sich, das einen Flächenbrand auslösen könnte, den man vielleicht nicht mehr in den Griff bekommt. Eine längere Phase der Arbeitslosigkeit am Beginn einer beruflichen Karriere hat nicht nur negative Konsequenzen für das Individuum, sondern auch für die gesamte Gesellschaft. Bei jungen arbeitslosen Menschen setzt ein Vertrauensverlust in die Problemlösungskompetenz der Institutionen ein. Das kann zu einem Verlust der Glaubwürdigkeit und einer Schwächung der Demokratie führen. Zudem zieht eine mangelnde Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen auch massive Kosten nach sich.⁵

*europäische
Jugendgarantie
und Jugendbe-
schäftigungs-
initiative*

Nach einer kurzen Sondierungsphase wird die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Chefsache erhoben. Der Rat der Europäischen Union beschließt im Februar 2013, dass in allen Ländern der EU eine Jugendgarantie umgesetzt wird. Alle Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Umsetzungspläne für die europäische Jugendgarantie vorzulegen. Jene Mitgliedstaaten mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit sollen Programme zur Umsetzung einer Jugendbeschäftigungsinitiative vorlegen, die mit Mitteln der europäischen Strukturfonds ausgestattet werden. Zudem sollen Kooperationen zur Errichtung von Berufsausbildungssystemen unter anderem im Rahmen der Europäischen Ausbildungsgarantie vorangetrieben werden. Die Umsetzung der Jugendgarantie wurde bereits gestartet. Schwierigkeiten in der Implementierung lassen sich beim Programmdesign finden: Ländern, die von hoher Jugendarbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, fehlt es oft am nötigen Werkzeug, Programme aufzustellen, die zu einer Steigerung der Jugendbeschäftigung beitragen. Zudem fehlt das Geld. Die Mittel der europäischen Strukturfonds fließen aufgrund des komplexen Auszahlungsmodus von Geldern aus dem EU-Budget zu langsam. Aus diesem Grund wurde die Kommission nun auch initiativ und will eine Milliarde Euro in einer „Frontloading Initiative“ den Mitgliedstaaten sofort für die Umsetzung der Jugendbeschäftigungsinitiative zur Verfügung stellen.

1.5 Langzeitarbeitslosigkeit wird zum europäischen Phänomen

Die Langzeitarbeitslosigkeit befindet sich schon seit Längerem auf einem hohen Niveau: Mit 5,1 % 2013 ist sie doppelt so hoch wie noch 2008 (2,6%). Neue Langzeitarbeitslosigkeit, die sich vor der Krise in einem marginalen Bereich bewegt hatte und auch nur auf einige wenige Staaten konzentriert war, wurde zu einem ernsthaften Problem in dramatischem Ausmaß, das eine gesamteuropäische Lösung erforderte. Doch erst seit Kurzem bekommt sie nun verstärkte Aufmerksamkeit. Im Arbeitsprogramm der neuen Kommission für das Jahr 2015 wird eine spezielle Initiative für Langzeitarbeitslose angekündigt. Es wird nun auch verstärkt dazu aufgerufen, die Mittel der Europäischen Strukturfonds speziell dafür einzusetzen, das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren.

Ankündigung spezieller Initiativen für Langzeitarbeitslose

Diese verstärkte Konzentration auf Langzeitarbeitslose ist vermutlich auch jener Entwicklung geschuldet, dass aufgrund der teilweise leichten konjunkturellen Verbesserung eine steigende Rückkehr auf den Arbeitsmarkt bei den Kurzzeitarbeitslosen festzustellen ist und sich die Situation bei den Langzeitarbeitslosen auch im aktuellen Umfeld nicht zu verbessern scheint. Gerade bei Langzeitarbeitslosen sinkt aber die Wahrscheinlichkeit, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren, mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit rapide, und es besteht auch eine Gefahr der Entwertung der Qualifikationen sowie einer steigenden Demotivation, überhaupt noch am Erwerbsleben teilnehmen zu können. Ein langfristiger Ausschluss aus dem Erwerbsleben kann auch in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht sehr weitreichende negative Folgen haben.

Langzeitarbeitslose sollen dem Arbeitsmarkt nicht verlorengehen

2. Policy Mix zur Lösung der Beschäftigungskrise

Um nach Möglichkeiten zu suchen, wie eine anhaltende Beschäftigungskrise für die Europäische Union abgewendet werden kann, muss eine Mehrebenenanalyse angewendet und anschließend nach dem passenden Policy Mix gesucht werden, mit dem konkrete Schritte gesetzt werden. Denn die Lösung ist nicht in einer einzelnen Politikmaßnahme zu finden.

Policy Mix zur Lösung der Beschäftigungskrise

Es muss das Zusammenspiel der europäischen Institutionen in der Arbeitsmarktpolitik betrachtet werden (2.1.), die Wirtschaftsordnung in der Eurozone (2.2), die Rolle der Investitionen zur Schaffung von Beschäftigung (2.3), die Einflüsse der Globalisierung und die Veränderung der wirtschaftlichen Dynamik sowie die Entwicklung der ArbeitnehmerInnen hinsichtlich ihrer Qualifikationen und der Demografie (2.4).

negative Integration der Arbeitsmarktpolitik in den ersten Jahrzehnten

2.1 Elemente einer europäischen Arbeitsmarktpolitik

Obwohl bereits die Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aus dem Jahr 1957 eine Angleichung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen angestrebt haben und der Europäische Sozialfonds mit dem Ziel eingerichtet wurde, die Mobilität und die Beschäftigungsmöglichkeiten der ArbeitnehmerInnen im gemeinsamen Markt zu verbessern, stand die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik am Beginn der europäischen Integration im Gegensatz zur Wirtschaftspolitik zur Gänze in der Kompetenz der Nationalstaaten und war durch eine negative Integration geprägt.

Entwicklung einer europäischen Beschäftigungsstrategie

Beim Europäischen Rat von Amsterdam im Jahr 1997 wurde schließlich die Einführung einer Europäischen Beschäftigungsstrategie festgelegt. Die Mitgliedstaaten verständigten sich durch eine primärrechtliche Verankerung in den Verträgen zu einer stärkeren Koordinierung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Damals verpflichteten sich die Mitgliedstaaten im Rahmen der Beschäftigungsstrategie, ein hohes Beschäftigungsniveau als zentrales Ziel der europäischen Politik anzustreben. Dieses Ziel rangiert seit 1997 – zumindest theoretisch – erstmals auf gleicher Ebene mit den makroökonomischen Zielen wie Wachstum und Stabilität sowie Wettbewerbsfähigkeit.

Beschäftigungsziele der Lissabonstrategie und Europa 2020

Die Beschäftigungsstrategie erhielt durch ihre Verankerung im Vertrag von Lissabon im Jahr 2000 eine Aufwertung. Die Staaten der EU einigten sich beim Europäischen Rat von Lissabon auf das neue strategische Ziel, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden zu lassen.⁶ Im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik wird im Rahmen der Lissabon-Strategie Vollbeschäftigung als Ziel fixiert und es werden konkrete numerische Zielvorgaben festgelegt. Auch die Nachfolgestrategie Europa 2020 behält

wie die Lissabonstrategie ein explizites Ziel für die Beschäftigungsquote. 75% soll die Beschäftigungsquote im Jahr 2020 für die 20- bis 64-Jährigen betragen. Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission im Rahmen von Europa 2020 erfolgt, wie bereits unter 1.3.2 dargestellt, auf der Basis von Ratsempfehlungen und gegenseitigem Lernen.

Die EU-Ebene hat zudem im Jahr 2014 ein Scoreboard zum Monitoring der zentralen Indikatoren im Beschäftigungs- und Sozialbereich eingeführt. Dieses Scoreboard soll als Frühwarnmechanismus für sich abzeichnende Probleme am Arbeitsmarkt und im Sozialbereich dienen.⁷

Parallel zu diesen Entwicklungen gab und gibt es intensive Bemühungen, den europäischen Arbeitsmarkt über die Personenfreizügigkeit voranzutreiben und die Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern. Denn es wäre tatsächlich eine gute Möglichkeit, Arbeitsmarktschwierigkeiten innerhalb der EU auszugleichen. Allerdings ist die Mobilität nicht nur durch bestehende Barrieren wie Sprache, Wohnort etc., sondern auch durch Vorurteile behindert. Jene Länder, aus denen die Beschäftigten abfließen, fürchten einen Brain-Drain, und jene Länder, die Beschäftigte aufnehmen, haben Angst vor einem „raise to the bottom“ bei den Sozialversicherungsleistungen. Auf europäischer Ebene werden die Informationssysteme über freie Stellen weiter ausgebaut, wie dies durch die Überarbeitung von EURES derzeit geschieht. Zudem sollen auch Regelungen verschärft werden, die ein Social Dumping auf jeden Fall vermeiden. Dies ist zum Beispiel bei der gerade beschlossenen Änderung der Entsenderichtlinie der Fall. Zudem arbeitet die Europäische Ebene auch an einem elektronischen Austauschsystem für die Daten der Sozialversicherungssysteme (EESSI), um die Koordination der Sozialversicherungssysteme und die Garantie der Übertragbarkeit von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen für mobile ArbeitnehmerInnen sicherzustellen. Es zeigte sich bei diesen Versuchen der Förderung der verstärkten Arbeitsmobilität bereits, dass Änderungen im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Mobilität von ArbeitnehmerInnen leisten können, zum Beispiel auch durch die Förderung einer besseren Übereinstimmung von Qualifikationen und offenen Stellen und Regeln, die einen leichten Transfer von

*Förderung der
Mobilität der
europäischen
ArbeitnehmerInnen*

Sozialversicherungsansprüchen ermöglichen. Aktuell kündigt die Europäische Kommission ein umfassendes Mobilitätspaket an.

*Einflüsse der
Wirtschaftspolitik
auf den
Arbeitsmarkt*

Allerdings ist die europäische Union weiterhin weit von einer gemeinsamen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik entfernt. Die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten wird auch sehr stark durch die wirtschaftspolitischen Entwicklungen in der Wirtschafts- und Währungsunion geprägt. Diese Aspekte werden im folgenden Abschnitt kurz beleuchtet.

2.2 Konvergenz, die Wirtschaftsordnung in der Eurozone und die Rolle der Beschäftigungspolitik

*Konvergenz
kommt durch
Wirtschafts- und
Finanzkrise
unter Druck*

Ein zentrales Ziel der europäischen Union, das bereits in den Verträgen von Rom im Jahr 1957 festgelegt wurde, ist die wirtschaftliche und gesellschaftliche Konvergenz der Mitgliedstaaten, die auch den Arbeitsmarkt beinhaltet. Insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise durchlebten die Staaten der europäischen Union eine Phase der Konvergenz, gerade auch im Hinblick auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt und die soziale Absicherung. Aber seit dem Beginn der Krise im Jahr 2008 ist dieser Prozess ins Stocken geraten beziehungsweise umgedreht worden. Es gibt aber Unterschiede zwischen den Staaten. Während in einigen Staaten der Eurozone eine massive Divergenz einsetzte, wurde der Aufholprozess in den neuen Mitgliedstaaten durch das Einsetzen der Krise nicht unterbrochen.

*grenzüberschrei-
tende Effekte
und gemeinsa-
me Arbeitsmarkt-
und Sozialpolitik*

Durch den Schock der Wirtschafts- und Finanzkrise ist den Verantwortlichen in der Eurozone bewusst geworden, dass die aktuellen Instrumente der Beschäftigungs- und Sozialpolitik eine Überarbeitung brauchen. Der Druck für weitere Strukturreformen wurde intensiviert. Die Krise hat verdeutlicht, dass grenzüberschreitende Effekte stärker auf die nationale Wirtschaft einwirken werden, da die europäischen Ökonomien immer stärker integriert sind und es vermutlich eine stärkere gemeinsame Ausrichtung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik innerhalb der Eurozone braucht.⁸

*ausgleichende
Wirkung der So-
zialsysteme ...*

Am Beginn der Krise zeigte sich auch, dass jene Länder mit besser ausgestatteten Sozialsystemen die Auswirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt besser abfedern konnten. Dieser

Effekt ist aber in einem immer geringeren Ausmaß spürbar. Aufgrund der langen Dauer der Beschäftigungskrise haben viele ihre Ansprüche aus dem sozialen Absicherungssystem verloren und viele Länder mussten aufgrund der eingeforderten Sparprogramme die Generosität ihrer Sozialsysteme reduzieren. Damit verbunden ist eine größere Einkommensunsicherheit für den Einzelnen, aber auch ein Verlust der Stabilisierungseffekte für die Ökonomie.

... und Sozialsysteme am Beginn der Krise

Die anhaltende sozioökonomische Divergenz führt zur Annahme, dass der derzeitige Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion für die anstehenden Herausforderungen nicht angemessen ist. Vor allem bräuchte es Mechanismen, um bei einem wirtschaftlichen Abschwung die Aufwärtsentwicklung zu fördern. Man muss insbesondere auch deshalb eine Lösung finden, da in Zukunft vermutlich grenzüberschreitende Effekte, die aus dem Arbeitsmarkt und der sozialen Anpassung resultieren, zunehmen werden. Das Problem der derzeitigen Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion ist, dass sie auf einer dezentralisierten Fiskalpolitik aufbaut, der ein gemeinsamer regelbasierter Rahmen zugrunde liegt und die keine Kapazitäten für die Wirkung von automatischen Stabilisatoren aufweist.⁹

Eurozone braucht Mechanismen zum Ausgleich der negativen Schocks

Aus diesem Grund wurden innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion in den letzten Jahren auch immer wieder Versuche gestartet, deren Architektur entsprechend zu ändern, um auf diese negativen Schocks für den Arbeitsmarkt besser reagieren zu können.

Im „Blueprint for a deep and genuine EMU“, dem Bericht der vier Präsidenten (Europäischer Rat, Europäische Kommission, Euro-Gruppe, Europäische Zentralbank) aus dem Jahr 2012, der die Diskussion zur weiteren Vertiefung der Währungsunion anleiten soll, sowie in der Mitteilung der Kommission aus dem Jahr 2013 zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion sind explizite Bekenntnisse zur Einführung einer gemeinsamen fiskalischen Struktur (eines gemeinsamen Euro-Budgets) in der Eurozone enthalten. Zudem wird auch die Einführung einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung als automatischer Stabilisator vorgeschlagen. Dies alles sollte dazu dienen, ein gemeinsames Instrument zu haben,

Diskussion zu automatischen Stabilisatoren und gemeinsamer fiskalischer Struktur

die asymmetrischen Schocks ausgleichen zu können. Bisher um konnten sich die Staaten der Wirtschafts- und Währungsunion nicht auf die Einführung von gemeinsamen Strukturen in diesem Bereich verständigen.

2.3 Die Rolle der europäischen Investitionen bei der Schaffung von Jobs

ESF – Ausgleichsfunktion für Divergenzen am Arbeitsmarkt

Seit der Gründung der europäischen Gemeinschaft mit den Verträgen von Rom im Jahr 1957 gibt es den Europäischen Sozialfonds (ESF). Dieser Fonds wurde ursprünglich dazu eingerichtet, Mobilität und Beschäftigungsmöglichkeiten von ArbeitnehmerInnen im gemeinsamen Markt zu verbessern. Seine ursprünglichen Aufgaben und Durchführungsbestimmungen wurden im Lauf der Zeit geändert, um die wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten sowie die jeweiligen politischen Prioritäten auf EU-Ebene widerzuspiegeln. In der neuen Förderperiode 2014–2020 erfolgt auch eine explizite Koppelung der Ziele des ESFs an die Europa 2020-Strategie und damit die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union. Allerdings ist die Summe des ESF oftmals nicht vielmehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man die Summe dessen nimmt, was insgesamt an Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik in der EU ausgegeben wird.

schwache Investitionslage als Ursache für Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt

Die schwache Investitionslage wird zunehmend als einer der wesentlichen Gründe für die schwierigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt erkannt. Die neue Kommission startet auch mit der Erkenntnis, dass es neue Investitionen braucht, um mehr Jobs zu schaffen. Darauf folgt die Feststellung, dass die Mittel des EU-Budgets, insbesondere jene der Strukturfonds, die unter dem Titel der wirtschaftlichen Konvergenz der Mitgliedstaaten ausgegeben werden, nicht ausreichen werden, um die gewünschten Ziele zu realisieren. Nun waren die politischen Entscheidungsträger, allen voran Kommissionspräsident Juncker, mit der kniffligen Frage konfrontiert, woher das Geld genommen werden soll, um die Investitionen in Europa anzukurbeln. Im November 2014 war es dann so weit und es wurde der Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Investitionsfonds vorgelegt.

Es sollen 16 Milliarden Euro aus dem EU-Budget und 5 Milliarden Euro der europäischen Investitionsbank genommen werden

und durch bestmögliche Anlagemöglichkeiten mit einer Hebelwirkung von einem Multiplikator 15 auf 315 Milliarden vermehrt werden. 315 Milliarden Euro klingen nach einer Menge Geld. Damit könnte die EU nun endlich die notwendigen Mittel in der Hand haben, um zur Schaffung von Jobs beizutragen. Damit dieser Plan auch tatsächlich zum Wachstum der Beschäftigung beiträgt, ist es zentral, dass er auch nun das richtige Design in seiner Umsetzung erhält. Es muss gesichert werden, dass die finanziellen Mittel tatsächlich auch bei jenen Unternehmen ankommen, die zum Beschäftigungswachstum beitragen. Dies werden insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe sein.¹⁰ Ein erfreuliches Element des aktuellen Investitionsplans ist, dass der aktuelle Fokus auf kurzfristige finanzielle Gewinne durch eine längerfristige Verpflichtung zur Finanzierung von Projekten ersetzt wird.¹¹

Juncker-Kommission schlägt Europäischen Investitionsfonds vor

2.4 Zukünftige Herausforderung für den europäischen Arbeitsmarkt, Einflüsse der Globalisierung, technologischer Fortschritt und Entwicklung der ArbeitnehmerInnen

Auch wenn manche Staaten noch sehr stark von den Auswirkungen der aktuellen Krise auf ihre Arbeitsmärkte betroffen sind, es gibt insgesamt leichte Anzeichen der Erholung auf dem Europäischen Arbeitsmarkt. Im Zuge dieser Entwicklung hat die Europäische Union den Fokus stärker auf die Probleme, die mit der langfristigen Entwicklung des europäischen Arbeitsmarktes im Zusammenhang stehen, gelenkt. Zentrale Fragen in diesem Kontext sind der Umgang mit den Auswirkungen der Globalisierung, des technologischen Fortschritts und der stärkeren Digitalisierung sowie Automatisierung der Ökonomie. Dazu kommen die demografischen Entwicklungen und die Qualifikation, soziale Absicherung und Motivation der Arbeitskräfte. In diesem Kontext ist eine vorausschauende europäische Politik gefragt.

langfristige Entwicklungen des europäischen Arbeitsmarktes

Die Auswirkungen der Globalisierung werden für das eher ressourcenarme Europa vermutlich weiterhin implizieren, dass es sich auf eine stärkere Verschiebung seiner wirtschaftlichen Aktivitäten von traditionellen Sektoren hin zu wissensbasierten Sektoren einstellen muss. Daher ist es auch entscheidend, das Humankapital mit den entsprechenden Qualifikationen auszustatten, da der globale Wettbewerb hochqualifizierte Arbeitskräfte

Auswirkungen der Globalisierung auf das ressourcenarme Europa

Vorbereitung der ArbeitnehmerInnen auf eine „job rich recovery“

erfordern wird und das höher qualifizierte Humankapital vermutlich auch eine der zentralen Quellen für das Produktivitätswachstum in der Europäischen Union sein wird. Hinzu kommt, dass durch Technologisierung und Automatisierung tatsächlich die Beschäftigungssituation für sehr gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen steigen wird, während Niedrigqualifizierte und auch ArbeitnehmerInnen mit mittleren Qualifikationen immer stärker um ihre Beschäftigung bangen müssen und auch ein stärkeres Risiko hinsichtlich eines Verlustes der sozialen Absicherung aufweisen. Aus diesem Grund ist es ein zentrales Anliegen, die ArbeitnehmerInnen in einem richtigen Ausmaß auf diese „job rich recovery“ vorzubereiten.

Zudem hat die Beschäftigungskrise gezeigt, dass ein hohes Niveau der Arbeitslosigkeit auch mit einem Mangel an Fachkräften in einigen Bereichen verbunden sein kann. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass in Europa das Bewusstsein dahingehend gestärkt wird, ein potentiell „Skill Mismatch“ besser vorherzusehen und zu adressieren.

soziale Absicherung von Beschäftigungsverhältnissen

Zum anderen ist die Erhaltung und auch Steigerung der Qualifikationen der Arbeitskräfte wichtig, um die Gefahr eines „Hysteresis-Effekts“ abzuwenden. Der Eintritt dieses Effekts würde bedeuten, dass die Arbeitslosigkeit, die ursprünglich durch einen wirtschaftlichen Schock entstanden ist, aufgrund von fehlender Arbeitsmotivation sowie des Verlusts der entsprechenden Qualifikationen auch bei einer wirtschaftlichen Erholung nicht zurückgeht. Ein weiterer Punkt, der bei der zukünftigen Gestaltung des europäischen Arbeitsmarktes berücksichtigt werden muss, ist jener der Absicherung von Beschäftigungsverhältnissen. Die neuen Beschäftigungsverhältnisse, die im Zuge der Krise entstanden sind, weisen oftmals eine schlechtere rechtliche und soziale Absicherung auf als früher. Vor allem der Anstieg der befristeten Beschäftigungsverhältnisse und der Teilzeitbeschäftigung ist signifikant. In diesem Zusammenhang steigt berechtigterweise die Sorge einer zunehmenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Es sollte hier in einem stärkeren Ausmaß darauf geachtet werden, dass die neu entstehenden Beschäftigungsverhältnisse auch entsprechend sozial abgesichert sind. Eine Segmentierung der Arbeitsmärkte sollte unbedingt vermieden werden – auch deshalb, weil sich gerade in der Krise gezeigt hat, dass Unterschiede

in der Ausgestaltung der sozialen Absicherungssysteme dazu führen, dass der Beschäftigungsverlust nicht in allen Staaten mit den gleichen dramatischen Einkommensverlusten und Verlusten der sozialen Absicherung verbunden war.

Es mag für viele wie eine Absurdität oder eine Ironie der Geschichte klingen, aber auch wenn die Beschäftigungskrise derzeit noch ein dramatisches Ausmaß annimmt: In Zukunft wird die europäische Union aufgrund der demografischen Entwicklung mit dem Problem konfrontiert sein, überhaupt alle offenen Stellen besetzen zu können. Ein Beschäftigungswachstum wird in wenigen Jahrzehnten in der Europäischen Union nur mehr dann gelingen, wenn ein höherer Anteil der abnehmenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Arbeitsmarkt eintritt.¹² In diesem Zusammenhang ist es nochmals wichtig zu betonen, dass die Menschen mit den entsprechenden Qualifikationen ausgestattet werden und dass Ungleichheiten, die beim Zugang zum Bildungssystem bestehen, in möglichst frühen Jahren ausgeräumt werden. Da die EU, auch wenn sie das gesamte Arbeitsmarktpotential ihrer Bevölkerung ausschöpfen wird, nicht den gesamten Bedarf an Arbeitskräften abdecken wird können, werden sich die EU und ihre Mitgliedstaaten noch intensiver mit der Arbeitsmigration aus Drittstaaten und der bestmöglichen Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft beschäftigen müssen.

*demografische
Entwicklung und
Arbeitskräfte-
angebot*

3. Schlussfolgerungen

Die Beschäftigungskrise hat die EU zu einem Zeitpunkt erreicht, als man glaubte, sich auf einem unumkehrbaren Weg der Konvergenz der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiksysteme zu befinden. Dies trotz oder wegen der fehlenden Vergemeinschaftung in diesen Bereichen. Auf die Auswirkungen der fortschreitenden Globalisierung und Technologisierung schien man durch das Bestreben, zum wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, bestens gerüstet zu sein. Die Förderung einer Höherqualifizierung des Humankapitals schien die BürgerInnen der EU optimal für diese neue Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung vorzubereiten. Doch dann kam die Krise und die steigenden Arbeitslosenzahlen stellten das System immer mehr in Frage.

*die Krise erreicht
die Europäische
Union in einem
Moment der
Konvergenz*

Die vorangegangene Analyse hat gezeigt, dass auf EU-Ebene

*komplexe
Entscheidungs-
strukturen und
Kompetenz-
verteilungen*

*langfristige Her-
ausforderungen*

*Lösung des
Beschäftigungs-
problems und
Vertrauen in die
europäischen
Institutionen*

seit dem Einsetzen der Beschäftigungskrise vieles versucht wird, um die negativen Effekte möglichst einzudämmen. Jedoch zeigt sich gerade in dieser Krise, dass es für den vielschichtigen Kompetenzen- und Entscheidungskomplex, den die EU nun einmal darstellt, gar nicht so leicht ist, eine adäquate Lösung zu finden. Zusätzlich ist man mit dem Problem konfrontiert, dass weitreichende Kompetenzen im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegen und die Maßnahmen in diesen Bereichen oftmals erst zeitverzögert wirken. Hinzu kommt, dass die Beschäftigungsverhältnisse nicht so schnell wieder aufgebaut werden können, wie sie zerstört wurden. Zusätzlich muss sich die EU auch parallel mit den langfristigen Tendenzen am Arbeitsmarkt, die unter anderem von der Globalisierung der Wirtschaft und demografischen Veränderungen ausgehen, beschäftigen. Aber auch wenn es für die derzeitige Situation ein geringer Trost ist, kann es für die zukünftige Entwicklung der europäischen Integration nur positiv gesehen werden, dass die politischen Entscheidungsträger nun mit der Vielschichtigkeit dieser Problemlage und der starken Interdependenz der Systeme konfrontiert sind. Denn oft sind umfassende positive Veränderungen in der Vergangenheit das Resultat von Krisensituationen gewesen. Für die Europäische Union insgesamt wäre es sehr wünschenswert, wenn eine nachhaltige Lösung für die Beschäftigungskrise gefunden würde. Wenn die BürgerInnen der Europäischen Union das Gefühl haben, dass die europäischen Institutionen einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung ihrer Situation am Arbeitsmarkt leisten, würde vermutlich auch das Vertrauen in diese Institutionen wieder ansteigen.

Anmerkungen

* Der Inhalt dieses Artikels gibt die persönliche Meinung der Autorin, und nicht die der Europäischen Kommission wieder. Die Autorin zeichnet sich für die in diesem Artikel geäußerten Informationen und Meinungen verantwortlich.

1. Der aktuelle Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker merkte bei der Präsentation der politischen Leitlinien für die nächste Kommission vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, am 15. Juli 2014 an, dass er eigentlich 29 Mitgliedstaaten haben, wenn man jenen der Arbeitslosen mit einrechnet.
2. EUROSTAT: <http://ec.europa.eu/eurostat>
3. Im europäischen Binnenmarkt besteht im Zuge der Personenfreizügigkeit die Möglichkeit für alle BürgerInnen der Europäischen Union, mit Ausnahme von Übergangsregelungen für BürgerInnen aus neuen Mitgliedstaaten (derzeit Kroatien), sich in einem anderen Mitgliedstaat niederzulassen und dort zu arbeiten.
4. http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-541_en.htm

5. Eine Studie von Eurofound kommt zu dem Ergebnis, dass die Europäische Union im Jahr 2011 durch mangelnde Arbeitsmarktintegration junger Menschen bereits 153 Mrd. € eingebüßt hat. Das entspricht 1,2% des europäischen BIP (Eurofound 2012).
6. Hintergrund für die Entwicklung der Lissabonstrategie im Jahr 2000 ist der Versuch einer Reaktion auf die Herausforderungen der Globalisierung und der Alterung der Bevölkerung. Erklärtes Ziel des Europäischen Rat war es, mit dieser Strategie die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten“ und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden zu lassen, der ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größerem Zusammenhalt ermöglicht.
7. Das Scoreboard umfasst folgende Indikatoren: die Arbeitslosenquote, die NEET-Rate, die Jugendarbeitslosenquote, die Armutsgefährdungsquote, das verfügbare Haushaltseinkommen und den S80/S20 Indikator zur Messung der Einkommensungleichheiten.
8. Vgl. Monastiriotis/Zartaloudis (2010): S. 30f.
9. Vgl. European Commission (2015a): S. 221ff.
10. Wenn das Geld der EIB direkt an Geschäftsbanken ausgehändigt wird, dann besteht das Risiko, dass diese das Geld nicht an jene Unternehmen weitergeben, die mit ihren Investitionen zum Beschäftigungswachstum beitragen würden, sondern an ihre favorisierten Geschäftskunden. Aus diesem Grund kann es ratsam sein, dass die EIB das Geld für den Investmentfonds direkt an nationale Entwicklungsbanken überweist. (ILO 2015)
11. Vgl. ILO (2015): p.12
12. Vgl. Descy (2014): S.318 ff.

Literatur

- Banerji, Angana / Saksonovs, Sergejs / Lin, Huidan / Blavy, Rodolphe (2014): Youth unemployment in advanced economies in Europe: Searching for solutions. IMF Staff Discussion Note. IMF, Washington.
- Busch, Klaus / Hermann, Christian et al. (2012): Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht, Internationale Politikanalyse, „Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Friedrich Ebert Stiftung
- Council of the European Union (2013): Council Recommendation of 22 April 2013 on establishing a youth guarantee (2013/C 120/01).
- Descy, Pascaline (2014): Projected labour market imbalances in Europe: Policy challenges in meeting the Europe 2020 employment targets, in OECD/ European Union: Matching economic migration with labour market needs, OECD Publishing, S.315-333
- Dhéret, Claire / Lazarowicz, Alex / Nicoli, Francesco / Pascouau, Yves / Zulleeg, Fabian (2013): Making progress towards the completion of the Single European Labour Market, European Policy Centre Issue Paper No. 75
- Dhéret, Claire (2015): Fostering social cohesion. The missing link in the EU's exit strategy from the crisis, European Policy Centre, March 2015
- Dietrich, Hans (2012): Youth Unemployment in Europe. Theoretical Considerations and Empirical Findings. Friedrich Ebert Stiftung.
- Draghi, Mario (2014): Unemployment in the euro area. Annual central bank symposium in Jackson Hole, 22. August, 2014
- Dullien, Stefan (2013): An euro-area wide unemployment insurance as an automatic stabilizer: Who benefits and who pays? Paper prepared for the European Commission (DG EMPL), 2013
- Enderlein, Henrik / Rubio, Eulalia (2014): 25 years after the Delors Report. Which lessons for economic and monetary union?, Notre Europe Policy Paper No 109, 2014
- Eurofound (2012): NEET – Young people not in employment, education or

- training. Characteristics, costs and policy responses in Europe.
- European Commission (2008): An European Economic Recovery Plan. Communication from the European Commission, COM(2008)800
- Europäische Kommission (2009): Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung, Mitteilung der Europäischen Kommission, KOM(2009)257
- European Commission (2012a): Tackling long-term unemployment: effective strategies and tools to address long-term unemployment, Mutual Learning Programme, Peer Review Seminar
- European Commission (2012b): Staff working document accompanying the document proposal for a Council Recommendation on Establishing a Youth Guarantee, SWD(2012)409
- Europäische Kommission (2012c): Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten. Mitteilung der Europäischen Kommission, KOM(2012)173
- European Commission (2012d): A blueprint for a deep and genuine economic and monetary union. Launching a European Debate, Communication of the European Commission, COM (2012)777 final/2
- European Commission (2013a): Towards Social Investment for Growth and Cohesion – including implementing the European Social Fund 2014-2020. Communication from the European Commission, COM (2013)83
- European Commission (2013b): Strengthening The Social Dimension of the Economic and Monetary Union, Communication from the Commission COM (2013)690
- European Commission (2014a): An Investment Plan for Europe, Communication from the European Commission, COM(2014)903
- European Commission (2014b): Employment policy beyond the crisis. Social Europe guide. Volume 8. Directorate – General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Manuscript completed in September 2014
- European Commission (2014c): Youth employment: Overview of EU Measures, Memo/14/338, 8 May 2014 http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-338_en.htm
- European Commission (2014d): Labour mobility, Memo, 25 September 2014 http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-541_en.htm
- European Commission (2015a): Employment and Social Developments in Europe, Publications Office of the European Union, 22. January 2015
- European Commission (2015b): Addressing youth unemployment in the EU. DG Employment, Social Affairs and Integration, 26.02.2015
- European Commission (2015c): The Youth Guarantee: European approach to fight youth unemployment. DG Employment, Social Affairs and Integration, 26.02.2015
- Fernandes, Sofia (2014): Employment, Mobility and Social Investment: Three key issues for post-crisis social europe. Policy Paper 120, November 2014 Series “New Decision-Makers, New Challenges”
- Hassel, Anke (2014): Adjustments in the Eurozone: Varieties of Capitalism and the Crisis in Southern Europe, London School of Economics „Europe in Question“ Discussion Paper Series, Paper No. 76/2014
- ILO (2015): An employment-oriented investment strategy for Europe/International Labour Office, Research Department, Geneva
- Juncker, Jean-Claude (2014): A New Start for Europe: My Agenda for Jobs, Growth, Fairness and Democratic Change Political Guidelines for European Commission, Strasbourg, 15 July, 2014
- Juncker, Jean-Claude (2015): In close cooperation with Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi. Preparing for Next Steps on Better Economic Governance in the Euro Area. Analytical Note. Informal European Council, 12 February 2015
- Krause, Annabelle / Rinne, Ulf / Zimmermann, Klaus F. (2014): How far away

is a single European Labor Market, Forschungsinstitut für die Zukunft der Arbeit (IZA), Discussion paper No. 8383

- Lehdorff, Steffen (Hrsg.) (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt. Zehn Länder-Fallstudien. VSA Verlag, Hamburg
- Monastiriotis, Vassilis / Zartaloudis, Sotirios (2010): Beyond the crisis: EMU and labour market reform pressures in good and bad times, LSE „Europe in Question“ Discussion Paper Series
- Marcel Mersch, Progressive Economy, Sozialdemokratische Fraktion, Europäisches Parlament. (Hrsg.) (2013): Kann die EZB mehr für Europas Arbeitslose tun? Geldpolitik und Arbeitsmärkte
- Rodrigues, Maria João (2013): Youth unemployment, Socio-economic divergences and fiscal capacity in the Euro Area, Notre Europe, Policy Paper No 101, 2013
- Turini, Alessandro / Koltay, Gabor / Pierni, Fabiana / Goffard, Clarisse / Kiss, Aron (2014): A Decade of Labour Market Reforms in the EU: Insights from the LABREF database, European Economy, Paper No 522, July 2014
- Tsoukalis, Loukas (2014): The unhappy state of the union. Europe needs a new grand bargain; Policy Network, London
- Van Rie, Tim / Marx, Ive (2012): The European Union at Work? The European Employment Strategy from Crisis to Crisis. In: Journal of Common Market Studies, Volume 50. Number 2, S. 335-356
- Van Rompuy, Herman (2012): Towards a genuine Economic and Monetary Union. Report in collaboration with Jose Manuel Barroso, Jean-Claude Juncker and Mario Draghi, Brussels, 2012
- Walsh, Kenneth (2009): The development of employment policy in the EU leading up to the European Employment Strategy 1997, The European Employment Observatory

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at